

Klima-Bündnis-Resolution für eine Stromwende: Dezentrale erneuerbare Energien statt Atomstrom

Resolution der Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis 2011

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima und die seit 25 Jahren beobachtbaren Folgen der Tschernobyl-Katastrophe zeigen: die Nutzung der Kernenergie ist auch in Hochtechnologieländern nicht beherrschbar! Die großflächigen und lang anhaltenden ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen eines Störfalls wurden der Menschheit erneut vor Augen geführt. Städte sind die verletzlichsten Strukturen, die den Risiken der Kernenergie hilflos ausgeliefert sind. Ballungsräume mit vielen Millionen Menschen lassen sich nicht evakuieren. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist daher unverzichtbar, um die Städte zukunftsfest zu machen.

Auch die Vermarktung der Atomkraft als notwendiger Übergang zu einer Zukunft mit erneuerbaren Energien ist haltlos. Die Betriebsrisiken werden von den Interessenvertretern verharmlost und für den im störungsfreien Regelbetrieb anfallenden radioaktiven Abfall gibt es keine Lösung. Die Kerntechnik ist weder eine Zukunfts- noch eine Brückentechnologie, sondern eine höchstgefährliche Großtechnologie, deren Grundstoff, ebenso wie die fossilen Energiereserven, endlich ist. Außerdem bindet sie die für den Umbau unserer Energieversorgung dringend benötigten Finanzmittel. Ein Umstieg in eine Zukunft ohne Kernkraft ist möglich ohne soziale Verwerfungen und ohne Gefährdung des Industriestandorts Europa, wenn wir konsequent auf Energieeffizienz und dezentrale Versorgung nah bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern setzen.

Die EU-Energiepolitik widmet sich derzeit intensiv der Entwicklung einer nachhaltigen Energiestrategie. Die Ende 2010 verabschiedete Energiestrategie 2020 und die „Energy Roadmap 2050“ sind wichtige Schritte. Wesentlich ambitioniertere Initiativen und breitere Ansätze müssen jedoch folgen, um die notwendigen Fortschritte in der Energieeffizienz und bei der Nutzung von Europas großem Potential bei den erneuerbaren Energien zu erzielen – mit den entsprechenden Effekten für die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine bessere Energieversorgungssicherheit.

Beschlusstext

Die Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis fordert von den EU-Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union ein beschleunigtes Vorantreiben der Energiewende. Eine zukunftsfähige Stromversorgung muss sich an folgenden Eckpunkten ausrichten:



Klima-Bündnis

**Dezentrale erneuerbare
Energien statt Atomstrom**

Resolution der
Mitgliederversammlung des
Klima-Bündnis

München, 5. Mai 2011

- Schneller Ausstieg aus der Kernenergie mit sofortiger Abschaltung der Altreaktoren sowie ein umgehender Stopp aller laufenden Planungen für neue Reaktoren in Europa.
- Massive Anstrengungen beim Stromsparen und zur Steigerung der Energieeffizienz bei der Elektrizitätsnutzung inkl. Schaffung staatlicher Programme zur Förderung der Anschaffung von energieeffizienten Elektrogeräten und Energieberatung für finanzschwache Haushalte.
- Umbau des gegenwärtigen Stromversorgungssystems in ein dezentraleres System mit hoher Energieeffizienz bei der Stromerzeugung bis spätestens 2050.
- Übergang zu einer vollständigen Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien spätestens bis zum Jahr 2050. Dabei ist insbesondere auf eine sozial- und naturverträgliche Nutzung von Biomasse zu achten, die nur in Kraft-Wärme-Kopplung erfolgen sollte.
- Finanzielle Unterstützung und Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Städte, Gemeinden und Regionen, um den dezentralen Umbau der Infrastruktur für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz voranzutreiben.
- Keine Schaffung neuer Kohlekraftwerkskapazitäten, insbesondere kein Neubau von Kapazitäten für die Verfeuerung von Braunkohle und keine Nutzung von CCS, sondern kontinuierliche Verringerung des Kohlestromanteils am Strommix bis auf Null im Jahr 2050.
- Vorrangige Nutzung von Erdgas (in GuD-Kraftwerken und BHKWs) als Brückentechnologie in der Stromerzeugung.
- Entwicklung und Anwendung diverser, vor allem lokaler –Stromspeichertechnologien zur Realisierung von 100% Erneuerbaren Energien in einem dezentralen Stromversorgungssystem. Hier bietet z.B. der Ausbau der Elektromobilität die Chance, die Fahrzeugbatterien als Pufferspeicher im Stromnetz zu nutzen.
- Leitungsneubau, der mit einem Umbau des Stromnetzes verbunden ist, sollte in siedlungsnahen und sensiblen Bereichen grundsätzlich unterirdisch erfolgen.
- Vorrangige Nutzung der Erneuerbare Energien-Potenziale in der Region und Schaffung von Zuständigkeiten auf regionaler Ebene zur Planung und Errichtung von Energieerzeugungsanlagen.
- Ausbau der Erneuerbaren Energien mit den Bürgern. Zur Vermeidung von Konflikten beim massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, der eine deutlich sichtbare Veränderung unserer Umgebung mit sich bringen wird, ist die Bürgerbeteiligung bei allen Projekten wichtig. Standortkommunen sollten an den finanziellen Erträgen der regenerativen Stromerzeugungsanlagen angemessen beteiligt werden.



Klima-Bündnis

**Dezentrale erneuerbare
Energien statt Atomstrom**

Resolution der
Mitgliederversammlung des
Klima-Bündnis

München, 5. Mai 2011